



EU-weite Umfrage: EU soll mehr Befugnisse zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erhalten

Während der zweiten Welle des Coronavirus fordern zwei Drittel der EU-Bürger mehr EU-Kompetenzen und einen EU-Haushalt mit ausreichenden Mitteln zur Bewältigung der Krise.

Das Europäische Parlament veröffentlicht am Freitag (20.11.) [die vollständigen Ergebnisse seiner dritten Umfrage](#) zur Meinung der EU-Bürger zur Coronakrise und ihrer Einstellung zur Europäischen Union. Obwohl die Hälfte der Europäer vor allem "Unsicherheit" (EU 50%, DE 40%, AT 43%) empfinden angesichts der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie, hatten im Oktober mehr Menschen ein positives Bild der EU als noch im Frühjahr.

Eine wachsende Zahl von EU-Bürger blickt unsicher auf die eigene Zukunft. Zwei Drittel der Befragten (EU 66%, DE 61%, AT 55%) stimmten zu, dass die EU mehr Kompetenzen zur Bewältigung der Pandemie haben sollte. Eine knappe Mehrheit der Befragten (EU 54%, DE 48%, AT 41%) ist der Meinung, dass die EU über größere finanzielle Mittel verfügen sollte, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen.

Für die EU-Bürger ist es jedoch von größter Bedeutung, dass die EU-Mittel nur in Mitgliedstaaten fließen, die über ein funktionierendes Rechtssystem verfügen und die europäischen demokratischen Werte achten. Mehr als drei Viertel der Befragten (EU 77%, DE 79%, AT 83%) stimmten dem zu. Priorität bei den Ausgaben sollte die öffentliche Gesundheit haben (EU 54%, DE 44%, AT 42%), gefolgt von Erholung der Konjunktur und neuen Möglichkeiten für Unternehmen (EU 42%, DE 34%, AT 38%), Klimawandel und Umweltschutz (EU 37%, DE 45%, AT 49%) sowie Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EU 35%, DE 32%, AT 37%).

Die Bewertung der EU hat sich im Vergleich zur [ersten Umfrage im April 2020](#) verbessert. Der Anteil der Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, ist stetig gestiegen, von nur 31% im April 2020 auf 41% (DE 37% [=], AT 32% [+1]) in der vorliegenden Umfrage. Die Mehrheit der Befragten ist jedoch nach wie vor unzufrieden mit dem Mangel an Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Etwa die Hälfte der EU-weit Befragten (EU 49%, DE 67%, AT 56%) gibt an, dass sie mit den Maßnahmen zufrieden sind, die ihre Regierung bisher gegen die Corona-Pandemie ergriffen hat. EU-weit ist der Anteil der unzufriedenen Menschen ähnlich hoch (EU 48%). In Deutschland und Österreich hingegen ist die Anteil der Unzufriedenen deutlich

geringer (DE 30%, AT 42%). Seit der letzten Erhebungswelle hat die Zufriedenheit der EU-Bürger mit den Maßnahmen ihrer nationalen Regierungen abgenommen.

EU-weit gibt mehr als ein Drittel der Befragten (EU 39%, DE 29%, AT 35%) an, dass sich die Corona-Pandemie bereits auf ihr persönliches Einkommen ausgewirkt hat. Weitere 27% (DE 21%, AT 23%) sagen, dass sie finanzielle Einbußen in der Zukunft erwarten. Junge Menschen und Familien mit Kindern scheinen von der Krise am schlimmsten betroffen zu sein: 64% der EU-Bürger zwischen 16 und 34 Jahren sind in irgendeiner Form in finanzielle Schwierigkeiten geraten, 27% (DE 18%, AT 16%) der EU-weit Befragten mit Kindern haben ihre persönlichen Ersparnisse früher als geplant verwendet. In fünf Mitgliedstaaten gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, dass sich die Pandemie bereits auf ihr persönliches Einkommen ausgewirkt hat: Zypern, Griechenland, Spanien, Rumänien und Bulgarien.

Anmerkung für Journalisten:

Seit Beginn der Pandemie hat das Europäische Parlament drei spezielle Umfragen zur Messung der öffentlichen Meinung in Europa in Zeiten von Corona in Auftrag gegeben. Die aktuellste Umfrage wurde von Kantar zwischen dem 25. September und 7. Oktober 2020 online (und in Malta per Telefon) unter 24.812 Teilnehmern in allen 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Umfrage war auf Personen im Alter zwischen 16 und 64 Jahren beschränkt (16-54 Jahre in Bulgarien, Tschechien, Kroatien, Griechenland, Ungarn, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien und der Slowakei). Quoten zu Geschlecht, Alter und Region auf nationaler Ebene gewährleisten die Repräsentativität der Umfrage. Die EU-Gesamtergebnisse werden nach der Größe der Bevölkerung jedes Landes gewichtet.

Weitere Informationen

[Ergebnisse der Umfrage](#)

Kontakt

Neil CORLETT

Head of the Press Unit

☎ (+32) 2 28 42077 (BXL)

☎ (+33) 3 881 74167 (STR)

📱 (+32) 470 89 16 63

✉ neil.corlett@europarl.europa.eu

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Pressereferentin

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ michaela.findeis@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Thilo KUNZEMANN

Pressereferent in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1030

📱 (+49) 171 388 4775

✉ thilo.kunzemann@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@europarl.europa.eu
